

Schlagabtausch über Ausbau der MVA

Grüne warnen vor Umweltbelastung und Müll-Tourismus. Andere Fraktionen: Wo bleibt das Konzept der Kritiker?

Manfred Augener
Kreis Pinneberg

Hat Profit einen höheren Stellenwert als Umweltschutz? Das befürchten zumindest die Grünen mit Blick auf den geplanten Ausbau der Müllverwertungsanlage (MVA) in Tornesch. Fraktionschef Thomas Giese nutzte die Aktuelle Stunde im Kreistag, um vor Müll-Tourismus, billiger Filtertechnik und unkalkulierbaren Risiken für die Bevölkerung im Umfeld der Anlage zu warnen. Wie berichtet, soll die Verbrennungskapazität der MVA bis 2015 von 80 000 auf 280 000 Tonnen pro Jahr erweitert werden. Die Einspruchsfrist gegen die Ausbaupläne endet am 6. Juni. Sprecher anderer Fraktionen wiesen die Vorwürfe als Vorwahlkampf-Getöse zurück.

Bei einer Anlage der geplanten Größenordnung könne es nur noch darum gehen, den riesigen „Ofen“ zu füttern, warnte Giese. Der Anreiz, Wertstoffe herauszufiltern, bleibe auf der Strecke. Offenbar habe der Minderheitsgesellschafter der GAB die Feder beim Antrag geführt, sagte er

in Anspielung auf die Remondis GmbH, Europas größtem Müllentsorger und -aufbereiter. Die Ausbaupläne seien so gigantisch, dass das Geldverdienen an erster Stelle stehe. Giese befürchtet daher einen „Müll-Tourismus“ quer durch die Republik nach Tornesch.

Fatal sei zudem, dass bislang nur vom Einbau einfacher Filteranlagen die Rede sei, das dürfe nicht hingenommen werden. Und dass es für die zusätzlich erzeugte Wärme keine Abnehmer gebe und diese „einfach in die Luft geblasen werde“, sei dann wohl der Beitrag des Kreises zum Klimawandel, spöttelte Giese.

„Und wo bleibt das Konzept der Grünen?“ fragte Heinz-Gerhard Ude (SPD). Wenn der Kreis auf den Ausbau der MVA verzichte, sei ab 2015 die eigenverantwortliche Abfallbehandlung aufgrund des Alters der Anlage und der dann offenen Verträge gefährdet. Die Konsequenz: Die Kreise Pinneberg, Steinburg und Dithmarschen müssten ihren Abfall bundesweit auf dem Markt anbieten. Ebenso wie Matthias Scheffler (FDP) empfahl der Sozialdemokrat den Grünen, vor einer Verurteilung der Pläne erst einmal Experten in den zuständigen Gremien anzuhören. Noch sei nichts entschieden. Die Grünen sollten „bei Wahrheiten und Fakten bleiben, anstatt mit Unterstellungen Wahlkampf zu betreiben“, so Burghard Schalhorn (CDU).